

KURZ NOTIERT

Kirche und öffentliche Diskurse – welche Grenzen?

Die christlichen Kirchen in Deutschland verstehen sich als Gemeinschaften, die eng verbunden sind mit der Gesellschaft, in der sie leben. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland garantiert den Kirchen wie allen Religionsgemeinschaften die Freiheit, ihr religiöses Leben zu entfalten und die Teilhabe am politischen Geschehen. Wie kann diese Beteiligung an der gesellschaftlichen Entwicklung aussehen? Damit befasst sich die Tagung der Akademie am 31. Oktober und 1. November in Haus Villigst. So wird zum Beispiel der Tübinger Theologieprofessor Oswald Bayer über die theologischen Grundlagen sprechen, die bereits in der Reformation gelegt worden sind. Mit einem Blick aus europäischer Perspektive beschäftigt sich Katrin Hatzinger, die Leiterin der Dienststelle Brüssel des Bevollmächtigten des Rates der EKD.

■ *Informationen und Anmeldung: Ulrike Pietsch, Telefon (0 23 04) 75 53 25, E-Mail: ulrike.pietsch@kircheundgesellschaft.de.*

Unglaublich wundervoll – Mädchen- und Frauentreffen

Am 15. und 16. November findet das 25. Villigster Mädchen- und Frauentreffen in Haus Villigst statt. Unter dem Motto „Unglaublich wundervoll“ organisieren das Amt für Jugendarbeit, Vertreterinnen aus der Evangelischen Jugend und das Frauenreferat die zweitägige Veranstaltung. Am Samstag gibt es verschiedene Workshops wie Improtheater, Nähen, Meditation oder Auto reparieren. Am Sonntagmorgen wird die Tatsache, dass Mädchen und Frauen unglaublich wundervoll sind, historisch, aktiv und spirituell beleuchtet. Erstmals ist das Treffen auch für beeinträchtigte Mädchen und Frauen offen.

■ *Informationen und Anmeldung: Ulrike Pietsch, Telefon (0 23 04) 75 53 25, E-Mail: ulrike.pietsch@kircheundgesellschaft.de.*

Kirche als Unternehmen – Arbeit, Gesundheit, Prävention

Bei der Tagung am 6. und 7. November in Haus Villigst geht es um Gesundheit an Leib und Seele am Arbeitsplatz. Dafür muss der Arbeitgeber Sorge tragen und darum muss sich jeder und jede selbst kümmern. Welchen Beitrag leisten Arbeitgeber für ein gutes Miteinander? Wie kann gesundheitsfreundliches Verhalten gefördert werden? Um diese Fragen geht es bei der Tagung. Möglichkeiten gesundheitlicher und sozialer Prävention werden von Fachleuten vorgestellt. Mitarbeitende und Führungskräfte kommen ins Gespräch über Perspektiven guter Arbeit und hilfreichen Gesundheitsmanagements.

■ *Weitere Informationen und Anmeldung: Rosemarie Fäckeler, Telefon (0 23 04) 75 53 46, E-Mail: rosemarie.fackeler@kircheundgesellschaft.de.*

Sanftheit und Kraft der Nieren stärken – Qigong

Der Beginn der dunklen Jahreszeit ruft bei den Menschen das Bedürfnis nach Verlangsamung und Rückzug hervor. Mit stillen und sanft bewegten Übungen des Qigong wird dieser Prozess der Entschleunigung und Stärkung der inneren Kräfte unterstützt. Besondere Aufmerksamkeit liegt dabei auf Übungen zum Nähren der Nierenenergie. Die Nieren gelten als „Speicher der Lebensessenz“ und haben die Aufgabe, Energie im ganzen Körper zu verteilen. Die Tagung vom 14. bis 16. November in Haus Villigst richtet sich an alle, die Qigong kennen oder es kennenlernen wollen.

■ *Informationen und Anmeldung: Ulrike Pietsch, Telefon (0 23 04) 75 53 25, E-Mail: ulrike.pietsch@kircheundgesellschaft.de.*

Martin und Thomas

REFORMATION UND POLITIK *Die beiden Reformatoren kämpften für eine bessere Welt. Jeder auf seine Weise – Luther in erster Linie mit Worten. Müntzer war das zu wenig, er zog in den Kampf*

Das Themenjahr „Reformation und Politik“ führte eine Gruppe spätausgesiedelter Menschen aus ganz Nordrhein-Westfalen an historische Orte, um sich dort mit dem Thema „Glaube und gesellschaftliche Verantwortung“ auseinanderzusetzen. Unter der Leitung von Pfarrer Edgar L. Born, dem Aussiedlerbeauftragten der Evangelischen Kirche von Westfalen (EKvW), ging eine Studienfahrt nach Thüringen und Sachsen-Anhalt, um sich auf die Spuren Martin Luthers und Thomas Müntzers zu begeben.

Martin Luther gerät in Konflikt mit der ‚Obrigkeit‘ aus theologischen Gründen. Er kritisiert mit biblischen Argumenten das Geschäft mit der Religion und wird dafür vom Papst gebannt und vom Kaiser in Reichsacht genommen. Er kämpft gegen übermächtig erscheinende Gegner. Seine „Waffe“: das gesprochene und geschriebene Wort. Die Grenze seines Widerstandes ergibt sich für ihn aus Römer 13: „jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat ...“ Gleichzeitig nimmt er den Schutz der lokalen und regionalen Obrigkeit in Anspruch. Von Kurfürst Friedrich dem Weisen wird er erst auf der Wartburg versteckt und dann in Wittenberg beschützt.

Thomas Müntzer – einst Anhänger und Vertrauter Luthers – will sich damit nicht zufrieden geben. Er stellt radikal die mittelalterliche Ständegesellschaft als „Gott gegeben“ in Frage, fordert die Grafen von Mansfeld und den Kurfürsten von Sachsen in sei-



Adrian Hartke im Gewand des Thomas Müntzer.

FOTO: ALEXANDER KÜHL

ner berühmten „Fürstenpredigt“ von 1524 auf, ihre Verantwortung für Gerechtigkeit wahrzunehmen. Und als es auch in Thüringen zum Aufstand der Bauern kommt, setzt er sich an deren Spitze, führt die Bauern bei Bad Frankenhausen 1525 in den Kampf und lässt darin sein Leben.

Obwohl sich Martin Luther nur wenige Monate am Anfang und wenige Tage am Ende seines Lebens in Eisleben aufgehalten und dazwischen im Auftrag seines Ordens ein paar Mal das Augustiner

Eremiten Kloster zu Eisleben visitiert hat, fühlte er sich zeitlebens mit der Stadt verbunden.

„Das habe ich mir schon immer gewünscht, einmal den Ort zu besuchen, an dem Martin Luther geboren und gestorben ist“, sagt Lilly P., eine russlanddeutsche Spätausgesiedelte. Ella K. sagt, ihr sei früher nicht klar gewesen, dass man gleichzeitig lutherisch und evangelisch sein kann. Die Lutherstadt Eisleben bereitet sich kräftig auf das Reformationsjubiläum 2017 vor. Das Taufzentrum in Luthers

Taufkirche ist längst in Betrieb. „Der Luther-Tourismus ist für unsere Stadt sehr wichtig. Jährlich kommen tausende Besucher aus aller Welt“, betont Oberbürgermeisterin Jutta Fischer. „Aber wir haben auch mit ganz anderen Herausforderungen zu tun.“ Sie kommt gerade von einem Dringlichkeitsgespräch mit der Landrätin, in dem es um die menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen ging.

In Allstedt, der Stadt Thomas Müntzers, schlüpft Adrian Hartke in das Gewand von Thomas Müntzer. Der westfälische Historiker, seit gut zwei Jahren Leiter des Museums Schloss Allstedt, ist ein profundierter Kenner des Reformators. Hartke

erzählt: „Zum Ende der DDR-Zeit wurde hier eine neue Müntzer-Ausstellung eröffnet. Sie war von Theologen geschrieben worden. In manchen Formulierungen spürte man eine gewisse Nähe zur Staatsideologie der DDR, die Müntzer gerne als sozialistischen ‚Frührevolutionär‘ vereinnahmte.“ Dann kam die Wende und niemand interessierte sich mehr für die alten Helden. Nun soll eine völlig neue Ausstellung an ihre Stelle treten. Ende November ist mit der Neueröffnung zu rechnen. *IKG*

Kirche soll sich einmischen

FREIHANDELSABKOMMEN *Die Europäische Union und die USA planen die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft. Vieles darin wird von Bürgern sehr kritisch gesehen*

VON BIRGIT WEINBRENNER

TTIP – hinter diesen vier Buchstaben verbirgt sich das geplante Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA: die „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“.

Was die Kirche damit zu tun hat? In der Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) „Verantwortung für ein soziales Europa“ (1991) werden Aufgaben genannt, die sich die Kirche für Europa setzt: Minimierung der sozialen Ungerechtigkeit, Förderung der kulturellen Vielfalt, Solidarität verstanden als Hilfe und Fürsorge, eine nachhaltige Entwicklung und Partizipation der Menschen an Entscheidungsprozessen. Kürzlich bezog sich die Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen (EKvW), Annette Kurschus, auf die Denkschrift. Sie wies darauf hin, dass sich darin die Kirchen dazu bekannt haben, dass das Bekenntnis zur Demokratie Europa miteinander verbinde.

All diese genannten Aufgaben und Orientierungspunkte, die die EKD damals für Europa benannte, sind von dem geplanten Freihandelsabkommen berührt. In der Öffentlichkeit verstärkt diskutiert wird TTIP seit vergangenem Früh-

jahr, als die EU-Wahlen anstanden. Während des Sommers hatte sich Kritik daran so stark ausgeweitet, dass sich auf europäischer Ebene etwa 250 Organisationen zusammenschlossen, um dagegen ein europäisches Bürgerbegehren zu initiieren. Für ein erfolgreiches Begehren werden eine Million Un-

Bürgerbegehren gegen das Freihandelsabkommen

terschriften benötigt. Inzwischen wurde es von der EU-Kommission abgelehnt. Die Initiatoren werden gegen diese Entscheidung vor dem Europäischen Gerichtshof vorgehen und haben zugleich begonnen, eigenständig in dreißig Sprachen eine Abstimmung zu organisieren (www.ttipp-fairhandeln.de).

Kritisiert wird vor allem der Ausschluss der Öffentlichkeit von den Verhandlungen und ihren inhaltlichen Fortschritten und die Undurchschaubarkeit des gesamten Verhandlungsprozesses.

Auch das Streitschlichtungsverfahren, das im TTIP-Verhandlungsmandat der EU-Kommission enthalten ist, wird als problematisch gesehen. Es bedeutet, dass ein Unternehmen einen Staat

vor einem privaten Schiedsgericht verklagen kann, wenn seine erwarteten Gewinne durch staatliche Entscheidungen verringert werden. Erfahrungen mit solchen Verfahren gibt es bereits: Anti-Tabak-Gesetze (zum Beispiel Australien und Uruguay), Fracking-Moratorien (Kanada), Mindestlohnvereinbarungen (Ägypten) oder die Entscheidung des Atomausstiegs im Fall der deutschen Regierung. Eine parlamentarische Demokratie lebt davon, dass Entscheidungen von einer neuen Regierung revidiert werden können. Wenn nun Staaten von Unternehmen aufgrund politischer Vorhaben und Maßnahmen verklagt werden können, so ist eine Demokratie infrage gestellt. Denn nicht mehr die Wähler, sondern die Unternehmen entscheiden.

Ein weiterer Kritikpunkt ist der Fokus auf den Abbau der Handelshemmnisse, die besonders mit unterschiedlichen Sozial- oder Umweltstandards in Verbindung stehen. Es wird als nicht unwahrscheinlich angesehen, dass sich die Verhandlungspartner jeweils auf die niedrigsten Standards einigen. So haben die USA nur zwei der insgesamt acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation unterzeichnet. Das Recht auf Gewerkschaftsfreiheit

und das Verbot von Zwangsarbeit gehören nicht dazu. In den USA ist – in Bezug auf Umwelt- und Gesundheitsstandards zum Beispiel anders als in der EU – das Spritzen von Wachstumshormonen bei Mastriindern erlaubt. Umgekehrt befürchten Bürgerinnen und Bürger in den USA, dass ihre höheren Standards im Bereich der Geldanlage verringert werden könnten.

Bei einer Veranstaltung des Instituts für Kirche und Gesellschaft zusammen mit dem Amt für MÖWe, der Werkstatt Ökumene, dem Iz3w, attac Dortmund und der Kulturpolitischen Gesellschaft in Dortmund zu TTIP ergriff eine Teilnehmerin aufgebracht das

Auseinandersetzung um TTIP von Kirche gewollt

Wort: Sie gehöre einer Dortmunder Kirchengemeinde an und frage sich, warum sich die Kirche bisher noch nicht zu TTIP geäußert hätte. Sie warte schon lange darauf.

Die Mitträger der Veranstaltung kamen überein, ihre Kooperation zu TTIP fortzusetzen und diese wenn möglich auszuweiten, um die Auseinandersetzung mit TTIP innerhalb und außerhalb der Kirche zu befördern.